



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

28. März 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

über den letzten Sonntag können wir Sozialdemokraten wieder sagen: Was für ein schöner Sonntag! Die SPD hat im Saarland 6 Prozentpunkte hinzugewonnen, Mainz hat wieder einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister und Peter Feldmann hat in Frankfurt das schier unmöglich scheinende geschafft: Er ist Oberbürgermeister geworden. In der Stichwahl bekam er mehr als 57 Prozent der Stimmen. Dieses Ergebnis hätte vor einem halben Jahr niemand für möglich gehalten. Und es zeigt einmal mehr, dass der smarte Sunnyboy nicht notwendigerweise gewinnen muss. Peter Feldmann ist der absolute Gegenentwurf zu Boris Rhein: bodenständig, ernsthaft, an der Sache interessiert, ihm ist an Menschen und ihrem Wohlergehen gelegen und er ist überhaupt nicht eingebildet. Er hat einen harten und intensiven Wahlkampf geführt und das wurde belohnt. Ich selbst war letzten Freitag noch zu einer Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt, bei der Peter Feldmann auch vorbei kam: Er konnte schon nicht mehr reden, ging überall rum, begrüßte mit strahlendem Lächeln statt mit Worten und ließ Klaus Österling und mich das notwendige sagen. Ich habe mich über diesen Wahlsieg sehr gefreut!

Im Saarland wird es jetzt eine große Koalition geben und wir alle blicken gespannt auf die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 6. Mai und in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai.

Die Woche im Bundestag hat begonnen mit Verhandlungen zwischen Regierungskoalition und Opposition über den Fiskalpakt. Übertriebenen Zeitdruck gibt es nach unserer Auffassung nicht. Eine ruhige und seriöse Beratung ist deshalb möglich. Wir sagen: Tragfähige staatliche Haushalte sind nur zu erreichen, wenn die europäische Wirtschaft nicht in eine scharfe Rezession geht. Es ist ja eine ökonomische Binsenweisheit, dass es keine wirtschaftliche Erholung gibt, wenn 27 EU-Staaten gleichzeitig und fantasielos Ausgaben kürzen. Wir brauchen also neue Ideen und Impulse für neues Wachstum in Europa.

In Darmstadt und in Pfungstadt habe ich schon blühende Magnolienbäume gesehen, hier in Berlin lüken die ersten Forsythienblüten hervor...

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Frühlingsbeginn!

Euse / Ihre Brigitte Zypries

## Gustav-Heinemann-Bürgerpreis Jetzt abstimmen!

Der Gustav-Heinemann-Preis erinnert an den ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten. Der Preis wird seit 35 Jahren von der SPD immer um den 23. Mai verliehen, dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes. **Auch dieses Jahr soll das Engagement für Demokratie und Gesellschaft wieder belohnt werden.**

Als **Kandidaten** wurden nominiert **Klaus Mertes**, der sich für die Aufdeckung der Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche einsetzte, **Constanze Kurz**, die als Expertin für Informatik und Datenschutz die Gefahren und Chancen der digitalen Welt kennt und **Emel Zeynelabidin**, die als selbstbewusste Muslima für Frauenrechte kämpft.

Wer das Preisgeld von 10.000 € bekommt, darf jeder [hier](#) bis zum **5. April** mitentscheiden!



+ + + Osterferien-Tipps + + +

### Broschüre „Aktive Ferien 2012“

Es stehen wieder aufregende Aktionen auf dem Plan: **Die neue Broschüre „Da mach ich mit – Aktive Ferien 2012“ des Jugendamtes Darmstadt ist ab sofort erhältlich - mit vielen Angeboten für Kinder und Jugendliche!** Es gibt sie als gedruckte Ausgabe in Schulen, Kindertagesstätten und städtischen Ämtern oder hier als [pdf](#).

Angeboten werden u.a. eine Capoeira-Woche, Ferienspiele im Kletterwald, ein Zirkus-Schnupperkurs und noch viel mehr. **Die Ferienangebote sind eine gute Alternative für alle Kinder, die in den Ferien zu Hause bleiben!**

Anmeldungen können ab sofort im Stadthaus III in der Frankfurter Straße 71 abgegeben werden. Weitere Informationen gibt es telefonisch unter 06151/13-2484 oder per Mail unter [ingo.koch@darmstadt.de](mailto:ingo.koch@darmstadt.de).

## Herdprämie verhindern - Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren stärker fördern!

Spätestens zum 1. August 2013 will die Koalition das sogenannte Betreuungsgeld einführen - morgen wird im Bundestag über die Alternativen von SPD und den Grünen debattiert.

Die Koalition will das Geld an Eltern auszahlen, die ihre Kinder zu Hause selbst betreuen und nicht in Krippe oder Kindergarten schicken. Ich halte das aus mehreren Gründen für eine sehr schlechte Idee. **Verschiedene Studien belegen, dass solch eine „Herdprämie“ kontraproduktiv wäre: Der Staat würde nämlich im Ergebnis finanzielle Anreize dafür schaffen, die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern zu festigen** - das steht in Widerspruch zum Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes. Rechtlich fragwürdig ist außerdem, dass mit dem Betreuungsgeld eine „Kompensationszahlung“ eingeführt würde - eine Zahlung für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur. In keinem anderen Fall ist das vorgesehen: Weder kriegt jemand Geld dafür, wenn er das städtische Schwimmbad nicht benutzt noch dafür - nur zehn statt möglichen dreizehn Jahren in die Schule zu gehen!

**Gleichzeitig muss man klar sehen, dass Kinder durch die Herdprämie von Bildungseinrichtungen ferngehalten werden.** Denn das sind Kindergärten schließlich auch und ganz besonders: Orte, an denen Kinder im Umgang mit anderen Kindern soziales Verhalten einüben, Orte, an denen Stärken gefördert und an denen eventuelle Schwächen - zum Beispiel mangelnde Deutschkenntnisse - noch vor der Einschulung kompensiert werden können. An dieser Stelle muss angesetzt werden, wenn man einen Schritt hin zur Chancengleichheit tun möchte. Und der ist wirklich nötig, denn wir leben nach wie vor in einem Land, an dem die Herkunft eines Menschen sehr entscheidend ist für dessen spätere Bildungslaufbahn und berufliche Karriere. Das muss anders werden.

Ein weiterer Punkt - das Ganze ist teuer. **Diese Leistung soll jährlich 2 Milliarden Euro kosten. Geld, das an anderer Stelle fehlt: Zum Beispiel beim Krippenausbau.** Ein gerade wieder heiß diskutiertes Thema - in Berlin wie in Darmstadt und Umgebung - denn 2013 kommt der Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Dafür ist zu wenig Geld da, das spüren die Städte und Gemeinden jetzt gerade ganz deutlich. Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon im letzten Juni den Antrag gestellt, statt der Einführung des Betreuungsgeldes den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren auszubauen. **Und in den Haushaltberatungen für 2012 haben wir gefordert, das vorgesehene Geld für diesen Ausbau um 300 Millionen Euro zu erhöhen. Die Regierung hat das abgelehnt.** Ich finde das sehr schade - und wüsste, wie ich die 2 Milliarden für die Herdprämie sinnvoller einsetzen würde...



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fotos:  
[aboutpixel/](#) Mr.Nico (S. 2)  
[aboutpixel/](#) Ronald Leine (S. 3)

### Gesundheitsforschung an den Menschen orientieren!

Vor zwei Wochen haben wir in Weiterstadt gemeinsam mit Karl Lauterbach über Gesundheitsthemen diskutiert. Wie eine wirksame und gerechte Krankenversicherung gestaltet sein sollte, was die Schwierigkeiten sind, denen Patienten im Alltag begegnen, wie man Krankheit vermeiden, Gesundheit erhalten und Unterschiede in den Gesundheitschancen abbauen kann, wie effektive Förderung von Gesundheitsforschung aussehen kann - all das sind haben wir angesprochen und all das ist immer wieder Thema auch in Berlin.

Am 8. Dezember 2010 hat die Bundesregierung nach zahlreichen Verschiebungen und Überarbeitungen ihr Rahmenprogramm Gesundheitsforschung beschlossen. Es gab nur wenig öffentliches Echo auf die Vorstellung dieses Programms - die Enttäuschung über das Programm mag ein Grund dafür gewesen sein. Mehrere Punkte darin sind unzureichend. Allen voran: **Das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung nutzt der Pharmaindustrie. Nicht der Bedarf von Patientinnen und Patienten steht im Vordergrund, sondern die wirtschaftliche Verwertung von Forschungserkenntnissen. Deshalb haben wir in einem Antrag gefordert, das Programm zu überarbeiten.**

Morgen, am Donnerstag wird dieser Antrag ein weiteres Mal Thema im Bundestag sein. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, das Rahmenprogramm auf den Bedarf der Patienten auszurichten. Wir wollen unter anderem einen Aktionsplan für Präventions- und Ernährungsforschung. Denn nach wie vor gilt der Grundsatz: Vorbeugen ist besser als Heilen! Und dafür brauchen wir wissenschaftliche Erkenntnisse. Allerdings ist die Förderung von Forschungsprojekten kein Selbstzweck: **Das Rahmenprogramm zur Gesundheitsforschung muss von den Menschen her gedacht werden.** Neben den Patientinnen und Patienten – hier sind auch die besonderen **Belange der Kinder zu berücksichtigen** – geht es natürlich auch um die im medizinischen, pflegerischen und klinischen Versorgungsalltag arbeitenden Personen. **Leider legt die Bundesregierung ihren Fokus einseitig und eindeutig auf ökonomische Wertbarkeit und technikorientierte Lösungsansätze.**

Wir fordern außerdem, die soziale Ungleichheit und die Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung einzudämmen und die Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten zu stärken. Auch das Patientrecht muss überprüft, die klinische Forschung und der wissenschaftliche Nachwuchs gestärkt werden. **Es gibt so viel zu tun - die Regierung aber tut zu wenig!**